

CDU-Fraktion Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Währ, lieber Jochen, Sehr geehrter Herr
Verbandsgemeindebürgermeister, lieber Fred,
Geschätzte Mitglieder des Ortsgemeinderates,
Werte Mitarbeiter der Verwaltung,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zunächst einmal möchte ich im Namen der CDU-Fraktion der Verwaltung und insbesondere Herrn Rosenzweig für die sehr gute Zuarbeit danken. Ebenso möchten wir uns für die durch Anleitungen und viele Anmerkungen geschaffene Transparenz im Entwurf des Haushaltsplans und selbstverständlich die zielführende Beantwortung unserer Fragen in den Ausschüssen und im Ortsgemeinderat ganz herzlich bedanken.

Beim Haushaltsplan selbst sind wir der Überzeugung, dass dieser ein Einstieg in eine Phase der Schuldenaufnahme ist, die Weitersburg so noch nicht erlebt hat. Im Aktuellen Haushaltsplan ist ein Jahresfehlbedarf von Minus 858.560 Euro geplant und es ist nicht absehbar, dass die geplanten Ansätze, wie in den letzten Jahren, nicht oder nicht vollständig abgerufen werden und dadurch ein geringerer Jahresfehlbedarf entsteht. Weiterhin entwickelt sich unser Eigenkapital negativ.

Unser Eigenkapital betrug zum 31.12.2018 10.300.881,41 €. Der voraussichtliche Stand zum 31.12.2019 beträgt 9.535.921,41 € und zum 31.12.2020 8.677.361,41 €.

In diesem Jahr handelt es sich bei den Budgets überwiegend um Planungskosten für dringend notwendige Maßnahmen, wie z. B.

- die Erweiterung des Kindergartens für 150.000 Euro,
- die Sanierung der Grundschule für 80.000 Euro,
- und die der Aussegnungshalle auf dem alten Friedhof für 35.000 Euro,
- die generelle Gestaltung der Friedhöfe für 150.000 Euro,
- die Investitionen im Rahmen des Straßenausbauprogramms für 50.000 Euro
- sowie die Instandsetzung und Neugestaltung der Schulturnhalle für 150.000 Euro.

Für die Sanierung der Schulturnhalle wurden bereits in den Jahren 2018 und 2019 Mittel in Höhe von 92.000 Euro, für 2020 sogar rd. 300.000 EUR eingestellt und bis heute nicht abgerufen. Leider wurde bis heute die von uns schon vor einem Jahr angeregte und in den Medien diskutierte Bedarfsabfrage bei den Vereinen und ein Gespräch mit der Schulleitung und Besitzern von Sälen und Hallen in Weitersburg, angegangen.

Ungeklärt ist nach wie vor insbesondere ob und welche Zuschüsse es für dieses Vorhaben gibt und wie die Schulturnhalle – und um solch ein Bauwerk handelt es sich – überhaupt und wenn ja zu welcher Nutzung umgebaut werden darf. Das bedeutet, ob es überhaupt von der Schulbehörde eine Erlaubnis geben wird, die Halle in eine Mehrzweckhalle umzubauen. Wir wünschen uns, dass nun zeitnah

Der Begriff „Mehrzweckhalle“ steht damit aktuell als reine Absichtserklärung und ohne fundierte Informationen zur Machbarkeit im Raum. Es gibt hierfür unseres Wissens nach noch keine Prüfung der rechtlichen Situation.

Der Abfluss der Mittel für die Umsetzung dieser Maßnahmen wird um ein Vielfaches höher ausfallen, uns in den Haushaltsplänen der Folgejahre noch weiterhin beschäftigen und den jährlichen Jahresfehlbedarf in noch unbekanntem Höhen schnellen lassen.

Fest steht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die CDU-Fraktion die vorgenannten wichtigen Projekte in vollem Umfang unterstützt und sich bei der Planung, Ausgestaltung und Umsetzung mit vollem Einsatz und wie üblich kreativ mit einbringen wird.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass es sich hierbei im Wesentlichen um Aufgaben und Herausforderungen handelt, die aus Vorgaben des Bundes und des Landes resultieren. Gleichzeitig wurden die Kommunen jedoch nicht mit den hierfür notwendigen Mitteln ausgestattet – und werden wohl auch in naher Zukunft nicht damit ausgestattet werden. Da sich bundesweit alle Kommunen in der gleichen Situation befinden, bleibt abzuwarten, wie sich diese für die Städte und Gemeinden höchst kritische Situation in der nächsten Zeit entwickelt.

Aktuell haben wir hierdurch jedenfalls streng genommen keine finanziellen Freiräume mehr, um weitere Anliegen in Form sogenannter „Freiwilliger Leistungen“ anzugehen oder umzusetzen. Konkret handelt es sich dabei beispielsweise um die in den Ergebnissen der Dorfmoderation vorgeschlagene Verdichtung des Ortskerns. Hierzu würden u. a. Vorgaben für die Bebauung im Ortskern sowie die Gestaltung der Flächen im Innenbereich und unserer Auffassung nach auch eine Bauleitplanung zur Schaffung weiterer Flächen zum Erwerb bezahlbarer Baugrundstücke in der Nähe des Ortskerns, hinter dem Kindergarten, gehören.

Auch ist in diesem Zusammenhang das schon vor Jahren angestoßene Projekt „Seniorenrechtliches Wohnen“ mit einem geschätzten Volumen von rund 2 Millionen Euro zu nennen.

Wir können davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren noch genügend zu tun haben werden – und das alles ohne freie Finanzspitze und nur mit Fremdkapital.

Aus diesem Grund ist die CDU-Fraktion überrascht, dass die FWG vor diesem dramatischen Hintergrund die Erschließung eines Gewerbegebietes fordert, forciert und rund 35.000 Euro nur für die Planung dieses Gebietes einstellen möchte.

Zu den Kosten für die folgende Erschließung gibt es bisher weder eine Hintergrundinformation, noch eine grobe Schätzung.

Gleich vorweg: Die CDU war immer und ist immer noch für die moderate Entwicklung von Gewerbeflächen. Aus diesem Grund stehen wir nicht nur mit der Bevölkerung, sondern auch mit den Gewerbetreibenden in unserem Ort und im Landkreis im Dialog.

Wir sperren uns daher ganz sicher nicht grundsätzlich gegen eine künftige Erweiterung unseres Gewerbegebietes. Aus unserer Sicht wird bei dem aktuellen Vorhaben allerdings der falsche Ansatz verfolgt. Eine kurzfristig geplante Erschließung und Erweiterung erscheint uns wenig zielführend.

Wir haben uns sehr intensiv mit der Entwicklung von Gewerbeflächen im neuen Jahrzehnt beschäftigt und dabei festgestellt, dass die Entwicklung von diesen Flächen heute fast ausschließlich gemeinsam mit Investoren erfolgt. Selbst reiche Städte und Gemeinden, wie z. B. Mülheim-Kärlich, wählen einen solchen Weg, um zielgerichtet und auf die jeweiligen Branchen hin ausgerichtete Erschließungen und Angebote an Gewerbetreibende machen zu können. Auch nutzen sie diese Vorgehensweise, um neue Verkehrskonzepte zu entwickeln, bzw. diese gleich mitzugestalten.

Investoren wissen am besten, was aktuell am Markt benötigt wird. Sie erschließen kostengünstiger als es Verwaltungen auf Grund rechtlicher Vorgaben können und helfen dabei, die Flächen zu vermarkten. Weder das finanzielle Risiko, noch das Risiko längerer brachliegender Flächen – Baulücken – liegen dann bei der Gemeinde.

Gerade aber das finanzielle Risiko ist bei der Gewerbesteuer wesentlich höher als bei anderen Steueraufkommen. Dies gerade in einer Zeit wo die Wirtschaftsleistung zu stagnieren und die Gewerbeeinnahmen einzubrechen drohen. Ohnehin bleibt von den Einnahmen nur ein geringer Anteil im Ort, fast zwei Drittel gehen in die Verbandsgemeinde- und Kreisumlage.

Auch geben wir zu bedenken, dass ohne Investor die Kosten der Umlegung weitgehend von den Eigentümern alleine getragen werden müssten. Da sich allerdings Gewerbeflächen nicht so leicht veräußern lassen wie Baugrundstücke, lassen sich die entstandenen Kosten nicht so schnell amortisieren.

Eine künftige Erweiterung des Weitersburger Gewerbegebietes ist für die CDU-Fraktion daher nur gemeinsam mit einem Investor denkbar. Ohne einen solchen ist die Erschließung aus unserer Sicht bei bereits derart hohen finanziellen Verpflichtungen aktuell nicht möglich.

Nachdem der Ortsgemeinderat vor 20 Jahren den Teilbereich Ost des Gewerbegebietes ausgewiesen und sich seinerzeit für eine Lösung ohne Investor entschieden hatte, hat es gut zwei Jahrzehnte gedauert, bis das Areal vollständig besiedelt war. Was uns damals noch als richtige Vorgehensweise erschienen war, würden wir heute nicht mehr so machen. Und das nicht nur, weil die sich abschwächende Konjunktur mit einem Rückgang der Nachfrage nach Gewerbeflächen einhergehen dürfte. Die CDU hat bereits im Kommunalwahlkampf im vergangenen Jahr versichert, dass wir kein Gewerbegebiet 'auf Halde' haben möchten – und dazu stehen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach wie vor.

Wie man es richtig macht, zeigt sich an dem bereits angesprochenen Beispiel in Mülheim-Kärlich. wo ein Investor das bestehende Gewerbegebiet um einen neuen Dienstleistungspark erweitern möchte. Hier hat der Stadtrat die erforderlichen rechtlichen Grundlagen geschaffen, nachdem der Investor seine Pläne vorgelegt und bereits mit den vorbereitenden Maßnahmen begonnen hat. Einen solchen Ansatz wünscht sich die CDU-Fraktion auch für

Weitersburg.

Bei der Suche nach Investoren ist aus unserer Sicht auch eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises denkbar. Ein solches Konzept würde nicht nur die Vermarktung sicherstellen, sondern auch die Risiken und Kosten für die Erschließung reduzieren, da diese durch den Investor getragen würden.

Des weiteren möchte ich anführen, dass die Umsetzung des Gewerbegebietes in seinen ursprünglich vorgesehenen Grenzen nach Auffassung unserer Fraktion heute keine gute Lösung mehr wäre. Wir haben inzwischen eine angrenzende Wohnbebauung und sollten dafür sorgen, dass sich Anwohner und Gewerbetreibende nicht gegenseitig stören. Wenn das Gewerbegebiet daher künftig einmal erweitert werden sollte, schlagen wir eine Ausweitung in Richtung Norden vor.

Zuvor müssten allerdings grundsätzliche Überlegungen zum Umgang mit dem zu erwartenden höheren Verkehrsaufkommen im Ort angestellt werden. Ein umfassendes Verkehrskonzept wäre eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Dorfes.

Ich fasse noch einmal zusammen:

Der aktuelle Vorschlag zur Ausweitung des Gewerbegebietes ist für uns ohne die zusätzlichen Flächen nördlich im neuen Flächennutzungsplan zu kurz angesetzt, ohne Verkehrskonzept höchst riskant und ohne einen Investor mit entsprechenden Kontakten und Know How geradezu fahrlässig. Vor allem aber käme die Erweiterung zum falschen Zeitpunkt. Es stehen, wie beispielsweise Kita-Ausbau und Schulsanierung, mehrere andere wichtige Maßnahmen an, die weitaus dringlicher sind.

Aus diesem Grund haben wir schon den Beschluss zur Aufhebung des alten Aufstellungsbeschlusses und den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Grenzhausener Straße, Teilbereich West" abgelehnt und werden aus den vorgenannten Gründen auch gegen eine Freigabe von Mittel für eine Erschließung des Gewerbegebietes in Weitersburg in dieser Form ebenfalls nicht zustimmen.

Nicht unerwähnt möchten wir lassen, dass der mit der Erschließung des Gewerbegebietes in Zusammenhang gebrachte Ausbau eines Gehweges entlang der Grenzhausener Straße bis zum Sägewerk eine jahrelange Forderung der CDU ist – genau wie die Anlage eines Gehweges entlang der Bendorfer Straße bis zur Bushaltestelle kurz vor der Gemarkung Bendorf. Bislang ist dies stets an den Besitzverhältnissen, den erforderlichen Kostenumlegungen und daran, dass es sich um Kreisstraßen handelt, gescheitert. Wie dieses Anliegen nun mit der Erschließung des Gewerbegebietes bewältigt werden soll, wurde bisher noch nicht untersucht oder fachseitig bewertet. Der Bau eines Gehwegs steht damit aktuell ebenfalls als reine Absichtserklärung und ohne fundierte Informationen zur Machbarkeit im Raum.

Dennoch würden wir den Bau eines Gehwegs von der alten Kerzenfabrik bis zum Gewerbegebiet auf jeden Fall unterstützen. Zu Gesprächen hierüber stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Es wäre wünschenswert, wenn dieses Anliegen zielorientiert angegangen und umgesetzt

wird und dann als Muster oder Blaupause für einen Gehweg nach Bendorf dienen könnte.

Wir stimmen dem Haushaltsplan 2020 mit gemischten Gefühlen und im Vertrauen darauf, dass die vorgenannten wichtigen Maßnahmen gut vorbereitet, zeitnah und für alle transparent geplant, in den Ausschüssen und dem Ortsgemeinderat vorgestellt und diskutiert und dann fristgerecht umgesetzt werden, zu.

Alle anderen Maßnahmen werden wir weiterhin CDU intern und wo sinnvoll auch in den Medien bewerten, sie damit für die Bevölkerung sichtbar und wahrnehmbar machen und da wo wir von der Bevölkerung Signale für eine Umsetzung bekommen unterstützen. Hierzu sind wir der Weitersburger Bevölkerung den nächsten Generationen und nicht zuletzt unseren Wählern verpflichtet.

Fraktionssprecher der CDU

Klaus Schwenkmezger

Weitersburg, 30. Januar 2020